



## PRESSEINFORMATION

Oldenburg, 01.03.2024

### Jahresbericht 2023

Im Verband der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei waren im letzten Jahr **63 aktive Fischereibetriebe** organisiert. Weiter gehören 17 passive Mitglieder dem Verband an.

Die größte Gruppe der aktiven Mitglieder bilden die **52 Betriebe der gemischten Küstenfischerei**, die fast ausschließlich **Nordseekrabben anlanden**. Die **Muschelfischerei** ist im Verband mit **vier Betrieben** vertreten. Hinzu kommen **sieben Fahrzeuge der Kleinen Hochseefischerei**. Diese Schiffe landen überwiegend Frischfisch und teilweise kleinere Mengen Nordseekrabben an. Die wirtschaftlich wichtigsten Zielarten dieses Segments waren, wie schon in den Vorjahren: Scholle, Kaisergranat, Seezunge und Steinbutt.

Im Jahr 2023 hat sich die Gesamtsituation der Fischerei kaum verändert. Die dringend benötigte Trendwende ist nicht eingetreten. Bestenfalls hat sich die Situation auf niedrigem Niveau stabilisiert. Die in allen Bereichen steigenden Kosten haben dazu geführt, dass die Fischereibetriebe eigentlich unumgängliche Preissteigerungen nicht oder nur um den Preis sinkender Verkaufsmengen an die Verbraucher weitergeben konnten.

Für Fisch und Krabben (ohne Muscheln) wurde von den Mitgliedern ein Umsatz von **rund 17,2 Mio. €** erzielt. Damit wurde das Vorjahresergebnis (rd. 22 Mio.) um **22 %** unterschritten. Hauptursache für diesen Rückgang war einerseits die niedrige Fangmenge bei den Nordseekrabben, andererseits fielen die Fangmengen im Bereich Frischfisch ebenfalls geringer als im Vorjahr aus.

Für die **Krabbenfischerei** war 2023 wieder ein unterdurchschnittliches Jahr. Die leichte Steigerung des Durchschnittspreises auf 6,70 €/kg (+11 % / Vorjahr 6,05 €/kg) konnte den Rückgang der Anlandungen um etwa 30 % bei Weitem nicht ausgleichen. Mit ca. 37 Millionen Euro lag der Jahresumsatz der gesamten deutschen Krabbenfischerei rund 4 Millionen entsprechend 10 % unter dem Durchschnitt der Jahre 2000-2023.

Im Jahr 2023 konnte die niedersächsische **Muschelwirtschaft** zwar etwas mehr Menge verkaufen, leider fiel der Preis dafür jedoch deutlich geringer aus. Die Mengensteigerung beruhte zudem darauf, dass Muscheln frühzeitig geerntet werden mussten, um weitere Verluste aufgrund der sich beständig verschlechternden Aufwuchsbedingungen zu vermeiden. Für das Jahr 2024 ist daher erneut mit rückläufigen Mengen zu rechnen.

In der Sparte der **Kleinen Hochseefischerei** ging die Fangmenge 2023 ebenfalls weiter zurück. Der Rückgang fiel allerdings etwas geringer als in den Vorjahren aus. Die wirtschaftlich wichtigsten Arten waren weiterhin Scholle, Kaisergranat, Seezunge und Steinbutt. Ursächlich für den Rückgang der Fangmengen waren nicht sinkende Fangquoten, sondern das weiterhin bestehende Verbot der Elektrofischerei auf Seezunge und die dadurch unnötig erhöhten Betriebskosten, welche die Fischereitätigkeit zeitweise unrentabel gemacht haben. Die

Erzeugerpreise waren in 2023 zwar weiterhin hoch, aber das tatsächlich notwendige Niveau lässt sich zurzeit am Markt kaum durchsetzen.

## Jahresverlauf in Weser-Ems

Die Mitglieder des Verbandes der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei im LFV Weser-Ems haben 2023 insgesamt angelandet:

**1.881 t (2022: 2.734 t) Speisekrabben**

**1.114 t (2022: 1.214 t) Frischfisch**

**1.197 t (2022: 1.027 t) Speisemuscheln (Miesmuscheln)**

Die Gesamt-Anlandemenge der Verbandsmitglieder betrug **4.192 t** und verringerte sich damit im Vergleich zum Vorjahr um 783 t (- 16 %).

**Die Anlandungen haben sich 2023 gegenüber 2022 wie folgt verändert:**

	2022	2023	Änderung +/-	Änderung +/-
	[t]	[t]	[t]	[%]
<b>Speisekrabben</b>	2.734	1.881	-853	-31,2
<b>Frischfisch</b>	1.214	1.114	-100	-8,2
<b>Miesmuscheln</b>	1.027	1.197	170	16,6
<b>Gesamt</b>	4.975	4.192	-783	-15,7

**Tab. 1: Jahresvergleich 2022/2023 LFV-K Weser-Ems**

## Politik und Wirtschaft

Nachdem das Jahr 2022 mit explodierenden Treibstoffpreisen begonnen hatte, startete 2023 mit einem weiteren unerwarteten Paukenschlag. In ihrem Aktionsplan zur zukünftigen Ausgestaltung der Fischerei forderte die Europäische Kommission das Verbot der grundberührenden Fischerei in allen Meeresschutzgebieten. Und dies war keine langfristige Zielsetzung, damit sollte bereits im März 2024 – quasi heute\_ begonnen werden. In der Folge wären Muschel-, Frischfisch- und Krabbenfischerei an unserer Küste von jetzt auf gleich beendet gewesen. Zum Glück ist ein Aktionsplan kein Gesetz und die gesamte Küstenregion hat sich umgehend an die Seite der Fischerei gestellt. Der Höhepunkt der Proteste war eine Demonstration mit Kuttern und Treckern in Büsum, anlässlich der dort stattfindenden Agrarministerkonferenz. Am Ende hat kein europäischer Mitgliedstaat das pauschale Verbot mitgetragen, welchem zudem jegliche fachliche Grundlage fehlt. Das Europaparlament hat zudem in den letzten Wochen mit großer Mehrheit einen sehr kritischen Bericht zum Aktionsplan angenommen.

Passend zu den hitzigen Diskussionen um die grundberührende Fischerei wurde das Forschungsprojekt CRANIMPACT abgeschlossen. Dort haben Wissenschaftler des Thünen Instituts und der Universität Hamburg vier Jahre lang die Auswirkungen der Krabbenfischerei auf verschiedene Lebensräume im Wattenmeer untersucht. Das Ergebnis dieses Forschungsprojektes bestätigte die Ergebnisse vorangegangener Projekte. Grundsätzlich hat

die Krabbenfischerei auf den typischen sandigen Habitaten nur kurzfristige Auswirkungen und die natürliche Dynamik ist um ein Vielfaches größer als die Wirkung des Fanggeschirrs. Die Krabbenfischerei war an der Entwicklung der Projektidee beteiligt und hat sich auch aktiv als Partner in das Projekt mit eingebracht. Denn Nachhaltigkeit liegt den Familienbetrieben am Herzen, was auch durch die vorhandenen MSC-Zertifizierungen für Miesmuscheln und Krabben belegt wird. Das Zertifikat der Krabbenfischerei ist erst im Herbst 2023 für weitere 5 Jahre erneuert worden.

Trotz aller Proteste und Beistandsbekundungen sind parallel zum Aktionsplan im Februar nach einem jahrelangen Verfahren große Teile der Natura-2000-Gebiete in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) für verschiedene Fischereiformen gesperrt worden. Die grundberührende Fischerei ist nun auf mehreren tausend Quadratkilometern im deutschen Abschnitt der Nordsee verboten. Und dies nur, um einige eiszeitliche Steinansammlung (ca. 150 km<sup>2</sup>) zu schützen, die ohnehin nicht befischbar sind. Andere EU-Mitgliedstaaten waren in der Lage, die schützenswerten Bereiche genauer abzugrenzen. Aktuell versucht die deutsche Fischerei daher juristisch in Brüssel gegen diese unverhältnismäßigen Einschränkungen vorzugehen.

Mit Biodiversitätsstrategie und dem neuen Naturwiederherstellungsgesetz droht der Fischerei neues Ungemach. Es ist für die Fischerei nicht zu verstehen, warum fischereiliche Nutzungen per se verboten werden sollen, wo doch in den letzten Jahren schon sehr viele Maßnahmen umgesetzt wurden, um die Einflüsse der Fischerei auf die Meeresumwelt zu mindern. In der aktuellen politischen Situation fehlt es den Betrieben an einer wenigstens mittelfristig verlässlichen Perspektive, die dringend notwendige Investitionen in die Zukunft wieder sinnvoll erscheinen lässt.

Die mit Mitteln aus der Brexit-Anpassungsreserve finanzierte massive Abwrackung von fast 50 % der großen Baumkurrenfahrzeuge in den Niederlanden hat gezeigt, wie negativ die Fischerei ihre eigene Zukunft einschätzt. Auch in Deutschland gab es Anträge auf Abwrackung aus der Brexit-Anpassungsreserve, aber leider hat Deutschland die Regeln so eng gefasst, dass von 8 Anträgen nur 2 genehmigt wurden. Von den verfügbaren europäischen Geldern hat Deutschland lieber einen Teil wieder nach Brüssel zurückgeschickt. Wir würden uns von unserer Verwaltung hier mehr Einsatz und Phantasie wünschen, um die vorhandenen Spielräume im Sinne der Fischerei zu nutzen. Die unterschiedliche Auslegung von europäischen Regularien ist dem europäischen Gedanken ganz bestimmt nicht zuträglich.

Aber nicht nur der BREXIT hat der Fischerei Raum genommen, die Energiewende hat und wird zukünftig den Platz auf See verknappen. Selbst wenn die Küstenfischerei kaum direkt durch die Windparks beschnitten wird, so verlaufen doch sämtliche Kabelanbindungen durch das Küstenmeer und durchkreuzen somit küstenparallele Fangstriche, sowie Muschelkulturen. Diese Bauarbeiten werden die Fischerei auf Jahrzehnte behindern.

Zusätzlich sind in Niedersachsen im Schnellverfahren zwei LNG-Terminals geplant worden, von denen einer bereits betrieben wird. In der Presse ist vielfach die Einleitung von Chlor thematisiert worden, aber es wurde wenig darüber berichtet, dass für die Zufahrten zu den Anlegern Millionen von Kubikmetern Sediment bewegt werden mussten. Und um die notwendige Wassertiefe erhalten zu können, muss immer wieder neu gebaggert und verklappt werden. In direkter Nachbarschaft dieser Industrieanlagen gehen Krabben- und Muschelfischer ihrer Tätigkeit nach und haben mit den Auswirkungen von Chlor und Baggerungen zu kämpfen. Die Muschelkulturen leiden entlang der gesamten Küste darunter, dass so viel Sediment bewegt wird. Die natürlichen Aufwuchsbedingungen für junge Muscheln haben sich selbst im Nationalpark derart verschlechtert, dass eine wirtschaftlich tragfähige Muschelfischerei kaum noch möglich ist. Das Bild an Jade, Weser, Elbe und Ems ist identisch. Dennoch soll die seit Jahren geplante Vertiefung der Außenems gegen alle Bedenken durchgesetzt werden. Und trotz all dieser schwerwiegenden Eingriffe in die Meeresumwelt wird

die Fischerei von den Umweltverbänden weiterhin als größtes Problem für den Nationalpark bezeichnet. De facto soll sie nur als Bauernopfer herhalten!

Im letzten Sommer 2023 gab es dann ein Signal der Hoffnung für die Fischerei. Aus der Versteigerung von Offshore-Windparkflächen sollte die Fischerei Gelder für eine zukunftsfähige Umgestaltung erhalten. Die ursprünglich im Gesetz festgeschriebenen 5 % der Versteigerungserlöse hätten etwa 670 Millionen Euro ergeben. Dies wäre ausreichend Geld gewesen, um die deutsche Fischerei fit für die Zukunft zu machen und zumindest die noch vorhandene Eigenproduktion zu sichern. Aber im Verlauf der Bundeshaushaltskrise wurde der Anteil auf nur noch 1 % der Versteigerungserlöse gekürzt, um die Rücknahme von Kürzungen bei den Landwirten auszugleichen. Dies ist passiert, ohne dass zuvor auch nur ein Gespräch mit der Fischerei stattgefunden hat. Wir fordern nun, dass umgehend gemeinsam mit der Fischerei Pläne gefasst werden, wie die verbleibenden Mittel noch in diesem Jahr zum Wohle der Betriebe eingesetzt werden können. Wir wünschen uns eine langfristig ausgerichtete Fischereipolitik, denn Fisch ist ein beliebtes Lebensmittel in Deutschland. Wobei die Selbstversorgungsquote Deutschlands und der EU sehr gering bleibt und dies, obwohl wir in den letzten Jahren gesehen haben, was einseitige Abhängigkeiten für Auswirkungen haben können.

Die Fischerei ist zum Dialog bereit, aber immer auf Augenhöhe und mit klarer Zukunftsperspektive. Für uns ist es keine Option, dass fachfremde Träumer über die Zukunft der Fischerei entscheiden sollen. Die Ergebnisse der Leitbildkommission für die Ostsee sind aus unserer Sicht überhaupt nicht zukunftsweisend. Wenn der Dialog mit den zentral betroffenen Wirtschaftsgruppen in dieser Weise geführt wird, dann darf man sich auch nicht wundern, dass ein Ostseeeationalpark von großen Teilen der ansässigen Bevölkerung abgelehnt wird. Falls nun die im Koalitionsvertrag lange angekündigte Zukunftskommission ihre Arbeit aufnehmen sollte, dann erwarten wir eine angemessene Beteiligung der Fischerei, denn ohne die Fischerei kann es keine Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung derselben geben.



Dirk Sander  
1. Vorsitzender

**Für Nachfragen stehen wir gerne in der Geschäftsstelle  
unter der Telefon-Nr. 0441/801-623 zur Verfügung**

**[info@lfv-weser-ems-kueste.de](mailto:info@lfv-weser-ems-kueste.de)**